

# Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Eigene Drahtberichte der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

## Kriegsminister Krobotin über Oesterreichs militärische Maßnahmen.

Wien, 20. November.

Seine Vormittag erstattete der Kriegsminister Krobotin im Ausschuss der ungarischen Delegation ein Exposé, in dem er auf die umfassenden militärischen Maßnahmen hinwies, zu denen bedeutende politische und militärische Ereignisse an den Grenzen der Monarchie gezwungen hätten.

Er betonte, dass nie in früheren Zeiten auch diesmal alle Teile der bewaffneten Macht den an sie gestellten Anforderungen, welche vielfach schwerer als ein ernster Kriegszug gewesen seien, mit voller Hingabe entsprochen und neuerdings bewiesen hätten, daß das einheitliche Gefüge der Wehrmacht und der Geist unerschütterlicher Kameradschaft die verhängnisvollen Maßnahmen, so hart sie auch mitunter gewesen seien, wurden ohne eine Klage zu erheben, durchgeführt, dank dem patriotischen Opfermut aller Schichten der Bevölkerung und der wertvollen Mitwirkung der Regierungen beider Staaten der Monarchie. Der Kriegsminister sprach hierfür allen beteiligten Dank aus und fuhr fort: Schon während der Krise begannen die europäischen Großmächte angesichts der veränderten militärischen Lage weitreichende Maßnahmen zur Verstärkung ihrer Streitkräfte zu treffen. Eine ähnliche Verrohung war auch bei den Balkanstaaten im Zuge. Nur die Monarchie ergab sich daraus weitestgehend dem Selbstbehauptungsdrang. Gebot, in der militärischen Ausstattung auch so weit zu gehen, das unsere militärische Situation sich gegenüber den Nachbarn zum mindesten nicht verschlechtere und auch unter Umständen nicht leide. Die durch diese Umstände gebotenen Vorarbeiten finden ihren finanziellen Ausdruck in dem vorliegenden Budget und zwar einerseits in Nachtragsforderungen für die während der Krise getroffenen Maßnahmen, von denen der größte Teil bleibenden Wert besitzt, andererseits in Mehrforderungen der kommenden Jahre behufs der auf mehrere Jahre verteilten Durchführung eines unter Bedachtnahme auf die finanzielle Leistungsfähigkeit und mit der notwendigen Selbstbeschränkung ausgearbeiteten Organisationsprogramms, welches eine Reihe von Standeserhöhungen und Ausgestaltungen vorzieht. Diese Maßnahmen sind um so dringender, als die in der allerletzten Stunde getroffenen organisatorischen Verfügungen mit unverhältnismäßig hohen Kosten und empfindlichen volkswirtschaftlichen Schädigungen durch die mit Recht als zu hart befundenen Einberufungen der Reservisten verbunden waren. Die Einberufungen waren größtenteils die Folge der geringen Friedensbestände, besonders in den Grenzgebieten. Die Einberufung der ältesten Wehrpflichtigen ist eine Konsequenz des gegenwärtigen unzulänglichen Rekrutenkontingents. Die Kriegsverwaltung konnte durch die Gewährung von Urlauben und materiellen Unterstützungen nur teilweise für die durch die Einberufungen hervorgerufenen Härten Abhilfe schaffen und durch die genannten Maßnahmen soll dies nunmehr durchgehend geschehen. Vor allem sollen die Truppen in den Grenzgebieten einen höheren Grad der Bereitschaft erhalten, um in kritischen Situationen ihre Aufgaben zur Not mit den Friedensbeständen durchführen zu können, damit man nicht bei jeder politischen Spannung gezwungen ist, sofort auf besondere die Bevölkerung und die Finanzen schwerbelastende Maßnahmen zurückzugreifen. Es sind auch die in diesem Geiste während der Krise geschaffenen Organisationsmaßnahmen vorläufig weiterzubehalten. Sie bilden die ersten Anläufe zu dem erwähnten Organisationsprogramm. Selbstverständlich ist die Bewilligung der notwendigen Erhöhung des Rekrutenkontingents jenseits der beiden vorgeschriebenen Hörschranken Voraussetzung für die Durchführung des Organisationsprogramms. Der Minister hat die erforderlichen Kredite zu bewilligen. — Nächste Sitzung am 1. Dezember.

## Russische Journalisten bei Kokowzow.

Zweck und Ziel seiner Reise. — Die wirtschaftliche Eröfnung Rußlands.

Berlin, 20. November. Der russische Ministerpräsident Kokowzow empfing gestern die hiesigen Vertreter der russischen Presse.

In der Unterhaltung gab der Minister

ein Bild der Erklärungen, die er in Rom, Paris und Berlin gemacht.

und der wichtigsten aktuellen Fragen. Er wies hierbei darauf hin, daß im Ausland die Stellung des russischen Ministerpräsidenten falsch beurteilt werde, indem man ihn mit den westeuropäischen Premiers vergleiche, die für die außenpolitische Politik des Kabinetts verantwortlich sind, während in den russischen Premier diese Verantwortlichkeit nicht besteht. Aus diesem Grunde habe er sich Unterhaltungen mit offiziellen Leitern der ausländischen Politik über die gegenwärtige Lage nicht entschieben können, trotzdem diese nicht zu den offiziellen Angelegenheiten seines Amtes gehörten. Besonders ausführlich ging dann der Ministerpräsident auf

die aktuellen Balkanfragen,

die albanische, die griechisch-türkische und die armenische Frage, ein, deren Entscheidung keine optimistischen Anschauungen bestätigen, die auf der Ueberzeugung beruhen, daß wegen dieser Fragen ein europäischer Krieg nicht entstehen werde und nicht entstehen könne. Man beiduldigt uns, so laute der Ministerpräsident, daß wir die slavische Idee verraten hätten, aber die Ereignisse haben unseren politischen Status gerechtfertigt. In dem letzten gemeinsamen Vorgehen Oesterreich-Ungarns und Italiens haben wir auf jeden Fall die Hände gefastet, denn Serbien hat während der ganzen Zeit des Balkankrieges durch nichts eine solche Intervention der beiden Staaten hervorgerufen. Wesentlich für Rußland ist

die Frage der armenischen Heimort.

Die Geduld der Armenier ist auf eine harte Probe gestellt. Mit besonderer Genugtuung konstatierte der russische Premier das Einverständnis der europäischen Mächte, im einzelnen Rußlands und Deutschlands, in den vorliegenden Fragen. Jedoch biete, so führte er weiter aus, die endgültige Entscheidung freilich nicht wenig Schwierigkeiten und werde eine nicht wenig komplizierte Arbeit der europäischen Kabinete hervorgerufen. Die armenische Frage sei äußerst wichtig und müsse der Gegenstand befriediger Unterhaltungen sein und der Entscheidung der Großmächte unterliegen. In der weiteren Unterhaltung sagte Ministerpräsident Kokowzow,

seine Dienstreise hatte ausschließlich finanziellen Charakter gehabt.

Jedoch handle es sich dabei nicht um eine Staatsanleihe, deren Rückstand in Anbetracht dessen, daß seine Reichsrente einen freien Vorbestand von einer halben Milliarde Rubel hätte, nicht im geringsten bedürfe, sondern ausschließlich um die Beschaffung von Mitteln für die Durchführung des Programms des privaten Eisenbahnbau in Rußland, welcher so unendlich nötig sei für die weitere ökonomische Entwicklung des Landes. Dient doch eine Entwicklung der Verkehrswege der Hebung des Güterverkehrs Rußlands mit anderen Ländern, insbesondere mit Deutschland, das im Außenhandel Rußlands die erste Stelle einnehme. Bis jetzt habe die russische Regierung an privaten Bahnkonzessionen ungefähr 10.000 Werst genehmigt, für deren Bau ungefähr 750 Millionen Rubel notwendig sind. Bei dieser Gelegenheit wies Kokowzow darauf hin, daß bei den außerordentlich großen Entfernungen in Rußland dieses Programm am zweckmäßigsten durchgeführt werde, indem der Bau von Privat- und Staatsbahnen nebeneinander herginge, denn sonst müßte Rußland nicht nur seinen ganzen Vorbestand ausgeben, sondern auch den russischen Fiskus mit unnützen Anleihen überlasten. Kokowzow teilte weiter mit, daß es ihm gelungen sei, in Paris ein spezielles Abkommen zu erlangen, und meinte dann, daß für große finanzielle und wirtschaftliche Operationen Rußlands augenblicklich nur der Pariser Geldmarkt in Betracht kommen könne. Das Abkommen würde allerdings erst realisiert werden können, nachdem die innere russische Milliardenanleihe untergebracht sei. — Zum Schluß boten die russischen Journalisten den Ministerpräsidenten, sich über

die innere russische Lage

zu äußern. Der Ministerpräsident sagte hierauf, daß er an der Beilegung des letzten Konflikts der russischen Regierung mit der Duma infolge seiner Abwesenheit aus Rußland nicht unmittelbar hätte Anteil nehmen können. Er sei aber über das Zustandekommen des Einverständnisses befreut. Schließlich betonte Herr Kokowzow, das gemeinschaftliche Zusammenarbeiten der Regierung mit der Duma sei die Grundbedingung für eine gesunde Entwicklung der russischen Gesetzgebung. — Das Interview dauerte ungefähr eine Stunde und trug einen zwanglosen Charakter.

Endkurlenen, 20. November. Der russische Ministerpräsident Kokowzow hat heute Abend um 6 1/2 Uhr in Begleitung des Direktors im russischen Finanzministerium Dawydow die Grenze passiert.

## Deutsches Reich.

Kaiser Wilhelm leicht erkrankt.

Berlin, 20. November. Der Kaiser ist infolge einer leichten Erkältung genötigt sich einige Tage zu schonen.

Eine Kolonialkonferenz.

Berlin, 20. November. Im Reichskolonialamt fand heute eine Besprechung zwischen dem Staatssekretär des Reichskolonialamts und den Vorständen des Verbandes westafrikanischer Kaufleute und des Verbandes der Kamerun- und Kongo-Pflanzungen statt, in der der Staatssekretär einige mißverständliche Äußerungen, die er bei Besprechungen mit den Interessenten in Kamerun gelegentlich seiner letzten Reise getan habe, richtig stellte.

In der Frage der Beilegung des Handelskonflikts erklärte sich der Staatssekretär mit der Einführung eines Zolles, dessen Höhe sich nach dem Marktpreis des Kautschuks abstimmt und der ganz wegfallen soll, wenn der Marktpreis unter einer gewissen Höhe bleibt, einverstanden. In der Frage der Selbstverwaltung führten die Interessenten aus, daß die Schutzgebiete Togo und Kamerun für die Einführung weiterer Verfügungen an den Gouvernementsrat noch nicht reif seien und daß in allen wichtigen Fragen die heimischen Ämternhaber und Vorstände als die eigentlichen Vertreter der kolonialen Unternehmen gehört werden sollten. Der Staatssekretär sagte letzteres zu, betonte aber, daß der Schwerpunkt der Verwaltung in den Händen des Gouverneurs bleiben müsse und daß die Interessenten im Schutzgebiete nicht ausgehört werden dürfen. Die zwischen dem Reichskolonialamt und den Togo-Kaufleuten getroffenen Vereinbarungen könnten auch auf Kamerun ausgedehnt werden. In der Frage der Arbeiterbeschaffung würden demnächst mit dem auf Heimaturlaub befindlichen Gouverneur von Kamerun Besprechungen stattfinden.

Vom Bundesrat.

Berlin, 20. November. Der Bundesrat überwies den zuständigen Ausschüssen die internationale Uebereinkunft betreffend Malaria gegen die Pest, Cholera und Gelbfieber, den Entwurf eines Weidungs- und Pensionsetats der Reichsanbeamten auf das Jahr 1914, die Reichshaushaltsrechnung für 1912, den Entwurf von Bestimmungen über die Produktionsstatistik der Kohlen-, Eisen- und Güterindustrie, das Abkommen mit Bulgarien betreffend Anerkennung der Identitätszeichen an Warenmarken, die von Handlungsreisenden eingeführt werden. Zugestimmt wurde dem Entwurf einer Befähigungsbekanntmachung über Uebergangsbestimmungen für die Krankenversicherung nach der R.V.D., dem Entwurf von Uebergangsbestimmungen zur Reichsversicherungsgesetzgebung, dem Entwurf eines Gesetzes über Wiederaufnahme des Disziplinarverfahrens. Zur Annahme gelangten die Etats für 1914 der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, der Reichsdruckerei, der Reichseisenbahnen, der Reichsjustizverwaltung, des Reichsanzlers, der Reichskasse, des Reichsvereinsamts, des Rechnungshofes, des Auswärtigen Amtes, des Schutzgebietes Hankow, der kaiserlichen Marine, des Reichskolonialamts, der Schutzgebiete ausschließlich Hankow, der Schutzgebiete-Schuld und der Schutzgebiete-Hauptetat, die Etats des Reichsmilitärgerichts, des allgemeinen Pensionsfonds und des Reichsheeres.

Berlin, 20. November. Der Gegenentwurf über die Wiederaufnahme eines Disziplinarverfahrens ist nunmehr in den Ausschüssen des Bundesrates durch beraten und dürfte in den nächsten Plenarsitzungen verabschiedet werden. Auch die Gewerbeordnungsnovelle zur Bekämpfung der Schundliteratur soll noch in der nächsten Woche fertiggestellt werden.

Vom deutschen Handelstage.

Berlin, 20. November. Der Ausschuß des deutschen Handelstages verhandelte über die Vorschläge, die ein besseres Verhältnis von Industrie und Handel zur Regierung und den politischen Parteien des Reichstages zu einer zweckmäßigeren Behandlung der gewerblichen Fragen bestimmen sollten. Er stimmte einer Reihe von Forderungen bei, die von der Handelskammer Düsseldorf formuliert waren. Danach sollen die Industriellen in den Parteien, denen sie angehören, ihre Interessen entschiedener vertreten als bisher, die Abgeordneten und parlamentarischen Kommissionen gründlicher unterrichten, nötigenfalls durch besondere Sachverständige, vor Erlass von Gesetzentwürfen die Anhörung von Industrie- und Handelsvertretungen verlangen und auf eine schnelle offizielle Bekanntgabe der Beschlüsse der parlamentarischen Kommissionen, die den Interessenten ebenso schnell zugänglich zu machen seien wie den Parlamentsmitgliedern selbst, dringen, ebenso wie für zuverlässigere Berichterstattung aus diesen Kommissionen sorgen.

Schiffsbautechnische Gesellschaft.

Berlin, 20. November. Als zweiter Hauptredner sprach Vormittags Direktor Dr. Weichert-Berlin über die Entwicklung und Konstruktion der Unterseebootschraube. Seit dem Einsetzen der deutschen optischen Industrie vollzog sich unter der Führung der Anstalt von Götz in den letzten zehn Jahren ein bedeutender Umschwung im Schraubbau. Ein modernes Schraube stellt ein vertikales Kernrohr mit horizontalem Ausblick dar, das bei höchstens 15 Zentimeter Durchmesser eine Länge bis zu sieben Metern hat. Zum Abziehen des Horizonts ist es in einer in der Dose des Unterseebootes stehenden Stoffhülle drehbar angebracht. Die sogenannten Panoramachraube gestatten einen Wechsel der Blickrichtung, ohne sich mit dem Rohre drehen zu müssen. Auch im Bau großer Entfernungsmesser sind unter Führung der Firma neuerdings große Fortschritte gemacht worden. Nach einer halbtägigen Pause erfolgte zunächst die Verlesung eines Referates „Beziehungen zwischen Luftschiffbau und Schiffsbau“, das der bei der Katastrophe des „L. I.“ ums Leben gekommenen Marinebaumeister Piepker am heutigen Tage zu halten beabsichtigte. In dem Vortrag wird ein weitgehender Vergleich zwischen Schiff und Luftschiff durchgeführt im Hinblick auf Displacement, Verhältnis während der Fahrt, Ballast, Steuerung, Maschinen und Widerstand von Luft und Wasser. Aus der Gegenüberstellung ist ersichtlich, daß See- und Luftschiffbau zwei ganz ähnliche Gebiete sind, deren eines vor dem andern mancherlei Anregungen schöpfen kann. Der letzte Redner des ersten Verhandlungstages Zivilingenieur Bauer-Berlin sprach über die Harmonie der Schiffsförmern. Eine geometrische Auflösung des Schiffskörpers kann nach Meinung des Redners praktisch angewandt werden zur Vorbestimmung von Schiffseigenschaften wie der Geschwindigkeit, des Wasserwiderstandes und der Stabilität. Auf diesen Vortrag folgte eine längere Diskussion. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.

Kleine politische Meldungen.

Berlin, 20. November. Der Hospitant der nationalliberalen Reichstagsfraktion, Abg. Held, hat die von ihm angefertigte Beleidigungsklage gegen einen Mitarbeiter der „Hilse“ zurückgezogen mit der Begründung, daß er, nachdem der Schriftleiter des „Pan“ in derselben Angelegenheit verurteilt worden ist, kein Interesse mehr an der Durchführung der Klage habe. In der „Hilse“ wird dagegen gesagt, daß der von Herrn Held verklagte Mitarbeiter nach wie vor Herr Held nicht für würdig halte, das höchste Ehrenamt des deutschen Volkes zu bekleiden.

Berlin, 20. November. Am 3. Dezember wird der Gesamtwasserstraßenrat in Berlin zusammentreten, um sich mit einer Vorlage des Ministers der öffentlichen Arbeiten über die Ausgestaltung der Wasserstraßenbeiräte gutachtlich zu äußern.

Berlin, 20. November. Die Meldung von einer kaiserlichen Kabinettsorder gegen den Tango ist dieser Tage vom „Vollanzeiger“ dementiert worden. Jetzt erzählt die kriegsministerliche Korrespondenz Pieper — und die „N. A. Z.“ veröffentlicht diese Meldung — es sei allerdings keine Kabinettsorder ergangen, wohl aber habe der Kaiser sich mündlich dahin ausgesprochen, daß er die Beilegung der Offiziere in Uniform am Tango von Tango, One- oder Twojtep nicht wünsche.

Berlin, 18. November. Der Reichstagsabg. Dr. Dertel, der agrarische Oberlehrer und Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, ist — so wenig man ihm das antiecht — in seinen Musestunden auch Dichter. In dem Interimstext der „Deutschen Tageszeitung“ werden zwei neue Gedichtsammlungen von ihm, „Von drinnen und draußen“ und „Neue Lieder“ angekündigt und als gediegenes Weihnachtsgeschenk empfohlen. Agrarier erhalten diese beiden Bände laut Interimstext zu zwei Dritteln des Ladenpreises. (Es lohnt sich also, dem Hund der Landwirte beizutreten! D. Red.)

Berlin, 20. November. Die Deutsche Zentralausstellung für die Weltausstellung in San Francisco im Jahre 1915, deren Leiter Generaldirektor Ballin ist, hat mit Unterstützung des Vereins für das Deutschtum im Ausland, des deutschen Werkbundes und der Gesellschaft für deutsche Kunst im Ausland eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, welche ausführlich die Bitte begründet, sich für eine Beteiligung Deutschlands an der Weltausstellung einzusetzen und die dafür nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Berlin, 20. November. Dem bisherigen katholischen Feldpropst der Armee, Titularbischof v. Pergamon, Dr. Söllmann in Köln, ist der Stern zum Kronenorden zweiter Klasse verliehen worden.

Dresden, 20. November. Der sächsische Minister des Innern unternimmt jetzt den von uns bereits angekündigten Versuch, eine Verständigung zwischen den Ärzten und Krankenkassen anzubahnen auf eigene Faust. Er hat eine Sitzung für Verhandlungen mit den Vertretern der Krankenkassen und der Ärzteschaft anberaumt. Die fünf Ärztekammern Sachsens sollen je einen Vertreter, der Verband sächsischer Ortskrankenkassen drei und die Vereinigten Betriebskassen Dresden und Umgegend und die Ortsgruppe Leipzig und Umgegend des Verbandes zur Wahrung der Interessen deutscher Betriebskrankenkassen je einen Vertreter entsenden.

München, 20. November. Die Abgeordnetenkammer hat heute den Antrag Casselmann und Gen. beir. Einführung des Frauenstimmrechts für die Wahlen zu den Kaufmanns- und